

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Bezugspreis vierteljährlich 1,35 Mk. incl. ins Haus, abgeholt von der Expedition 1,30 Mk., durch die Post bezogen 1,54 Mk. Fernsprecher Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Inserate werden Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Inseratpreis 15 Hg. pro viergespaltene Zeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Hg. Zeitranbenber und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charand.

Sozialblatt für Wilsdruff,

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burthardtswalde, Croisitz, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Lindbach, Lohzen, Mohorn, Müllitz-Roitzsch, Ranzig, Rentkirschen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Bobersdorf, Adersdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Peritz, Sacksdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligshausen, Taubenheim, Unterkirch, Weiskirch, Wilsdruff.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schulte, Wilsdruff. Für die Redaktion verantwortlich: Arthur Schulte, Wilsdruff.

No. 77.

Dienstag, den 5. Juli 1910.

69. Jahrg.

Stacheldraht-Sinfriedigungen.

In solcher Nähe von öffentlichen Fahr- oder Fußwegen oder Plätzen anzubringen — oder bereits angebracht zu belassen —, daß dadurch auf diesen verkehrende Personen gefährdet werden, wird nach Gehör des Bezirksausschusses hiermit verboten.

Zwiderhandelnde werden gemäß § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

In übrigen wird darauf aufmerksam gemacht, daß Zwiderhandelnde gemäß § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zum Ersatz des von ihnen dadurch vorzüglich oder jahrlänglich dritten Personen verursachten Schadens herangezogen werden können.

Wilsdruff, den 30. Juni 1910.

Die Königlich Amtshauptmannschaft.

Neues aus aller Welt.

Der Kaiser tritt morgen von Kiel aus die Nordlandreise an. Von zahlreichen sächsischen Gemeinden, die der König auf seiner jetzigen Landbesuche besuchte, wurden wiederum größere wohlthätige Stiftungen gemacht.

Graf Zeppelin ist in Kiel eingetroffen, um an der Vorexpedition der Polarfahrt teilzunehmen. — Die Zeppelinsche Polar-Expedition hat an Bord des Dampfers „Walrus“ die Fahrt nach dem Norden angetreten.

Die Leipziger Arbeiter haben am gestrigen Sonntag die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Damit ist der Streik im Baugewerbe für Leipzig beendet.

In Breslau wird ein ständiger Luftschiffhafen und Flugplatz angelegt werden.

Im gesamten Rheingebiet droht Hochwasser.

An der Frage der Schiffahrtsabgaben auf deutschen Flüssen wird amlich mit einem Unjail Oesterreich-Ungarns bestimmt gemacht.

Die spanische Obstruktion im österreichischen Reichsrat dauert noch an. Die Sitzung wird überhaupt nicht mehr unterbrochen.

An der Universität Vemberg ist es zwischen polnischen und russischen Studenten zu einer Revolventenschießerei gekommen. Zwei Studenten und ein Geistlicher wurden getötet.

In der französischen Kammer wurde ein Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe eingebracht.

Der König von Dänemark hat die angebotene Demission des Gesamtministeriums angenommen.

Von der russischen Regierung ist zu Armeezwecken ein Parabol-Luftschiff bestellt worden.

Nach Kabelmeldungen aus Tokio soll zwischen Japan und China ein sehr bemerkenswerter Staatsvertrag abgeschlossen worden sein.

Revolventen nahen dem Vorhitz in der Welsriedenkonferenz an.

Der morgigen Landung des Parabol-Luftschiffes auf dem Helser wird der König mit der königlichen Familie betwohnen.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 4. Juli.

Deutsches Reich.

Dreimarkstücke als Denkmünzen für die Jubiläumfeier der Berliner Universität.

Der Bundesrat stimmte dem Antrag der preussischen Regierung auf die Prägung von Dreimarkstücken in der Form von Denkmünzen zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Berliner Universität zu.

Die Protestbewegung.

D. E. K. Noch immer legt sich trotz aller Schwächungsversuche die Erregung im evangelischen Volke nicht. Davon zeugen die weiteren Protestversammlungen und Kundgebungen, von denen wir noch folgende zur Kenntnis bringen: Von Zweigvereinen des Evangelischen Bundes: Blömmig, Leuz, Deuben, Schmiedeberg i. R., Lauenburg, Stollberg (Harz), Berga (Hoffhäuser), Heidelberg, Lönning (Vollstein), Grünhain, Friedrichsthal, Löwenberg, Steich, Bennedstein, Herzberg (Harz), Wälfrath, Wächtersbach, Lauban (Schlesien), Donauerschingen, Lörrach, Weinheim, Simstheim, Oppenau (Baden), Salbe, Großschönau, Greiz, Eving, Uch, Drüsch-Dib, Amey, Redingen, Nixdorf, Wandbeck, Bonn (Rhein), Mittweida, Bohne (Kr. Freiglar), Dabbar, Fischhausen (Dopr.), Br. Stargard, Jchorlau, Spechtisdorf, Straßburg (Westph.), Liebenwerda, Seithain, Marienhagen (Bez. Adl.), Berlinchen (Neumark), Bretten, Oberkirch, Dill-Weissenstein, Fentisch. Zu weiteren Zweigvereinsgründungen kam es auf lebhaften Wunsch der evangelischen Bevölkerung in Esdingen, Preußlich, Reichenbach (Oberlausitz) u. a. Es protestierten ferner von Synoden, Presbyterien, Evangelischen Gemeinden: Synode Char (Schweiz), Freiburg (Breisgau), Turn (Böhmen), Karbitz (Böhmen), Karlsruhe-Stadt, 6 Gemeindefürsorge Rordhausens, Kreisynode Buchau, Osterfeld i. W. und Biederich. Außerdem noch die evangelischen Arbeitervereine in Dorle, Berglanten und Hirschberg.

Die Zahl der Mitglieder des Evangelischen Bundes ist beständig im Wachsen; selbst geringbemittelte, aber eheliche treue Protestanten sehen es als ihre Ehrenpflicht an, die Mitgliedschaft zu erwerben. In Westfalen allein gewann der Evangelische Bund mehr als 5000 Mitglieder und selbst in Posen weit über 1000. Dabei häufen sich die Eingänge für den Anti-Borromäusfonds zur Förderung evangelischer Aufgaben in katholischen Gebieten. Bis weit in den Juli hinein sind Protestversammlungen an solchen Orten geplant, die bisher aus lokalen Gründen davon Abstand nehmen mußten.

Im Allenkneier Nordprozeß
stellten die ärztlichen Gutachter vorgestern fest, daß die Angeklagte, Frau v. Schaeber-Weber, nicht nur verhandlungsunfähig, sondern gegenwärtig völlig geisteskrank sei. Ihre Verhandlungsfähigkeit sei auf Monate hinaus nicht möglich. Der Gerichtshof beschloß darauf die vorläufige Einstellung des Verfahrens gemäß § 203 der Strafprozeßordnung, da die Angeklagte nach der Tat in Geisteskrankheit verfallen sei. Die Verteilung der Kosten wird vorbehalten.

Ausland.

Im englischen Unterhause
brachte Lloyd George das Budget ein und führte aus: Die Ausgaben sind gegen das Vorjahr beträchtlich gewachsen. Die größte Zunahme haben die Ausgaben für die Marine erfahren, für die annähernd 5 1/2 Millionen Pfund Sterling mehr gefordert werden. Die Gesamtausgabe für die Marine wird auf 40.500.000 Pfund Sterling geschätzt. Insgesamt sieht das Budget eine Ausgabe von 198.930.000 Pfund Sterling vor. Die Ablehnung des Budgets durch das Oberhaus im Jahre 1909 hat die Finanzlage des Vorjahres sowie das gegenwärtige Budget ungünstig beeinflusst, die größten Schwierigkeiten entstanden durch den Ausschub, den die Erhebung gewisser Steuern erlitten hat.

Kabinettdemission in Dänemark.
Der König hat die vom Ministerpräsidenten Zahle eingebrachte Demission des gesamten Kabinetts angenommen.

Gegen die Brauerien in der Schweiz.
Seit geraumer Zeit herrscht in der Schweiz ein Boykott gegen die Brauerien. Der Verband schweizerischer Brauerien beantwortet den Boykott nun durch die Androhung mit der Aussperrung von 25.000 Arbeitern, falls bis zum 30. Juni der Boykott nicht aufgehoben ist. Die Braueriegehilfen beantworten die Aussperrung ihrerseits sofort durch einen Generalstreik. 2000 Arbeiter streikten. Die schweizerische Arbeiterschaft boykottiert allgemein die Brauerien; nur die christlich organisierten Brauer lehnen die Teilnahme am Streik ab.

Slowenische Obstruktion gegen die italienische Rechtsfakultät.

Die slowenische Obstruktion im Budgetauschuss gegen die italienische Rechtsfakultät nahm einen gewalttätigen Charakter an. Die Obstruktion wurde offenkundig von der gesamten Slowenunion unterstützt. Man zielt damit zweifellos auf eine Sprengung des Reichsrats oder den Sturz des Kabinetts Bienerth ab. Unter dem Eindruck der häufigen Ständlungen, die fast in Täglichkeiten ausarten, ist ein baldiger Sessionsabschluss, vielleicht sogar die Auflösung zu erwarten.

Ein Erfolg der italienischen Suffragetten.

Die Kommission der italienischen Deputiertenkammer hat sich mit großer Mehrheit für die Uebertragung des kommunalen Wahlrechtes an die Frauen erklärt. Die Vorlage geht im November an die Kammer. Vorderr wird über die soziale, wirtschaftliche und intellektuelle Lage der italienischen Frauen erschöpfendes Material gesammelt werden. Die Einführung des Gesetzes, das übrigens nur gewissen Kategorien von Frauen das Wahlrecht verleiht,

wird die Zahl der Wähler zu den Verwaltungskörpern in Italien verdoppeln und die Auflösung sämtlicher Kommunal- und Provinzialräte erzwingen.

Die spanischen Minister.

Der König von Spanien unterzeichnete einen Erlass, worin er den Justizminister ermächtigt, in den Kammern einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach die Minister nicht mehr einen Eid vor dem König leisten, sondern einfach das Versprechen abgeben, die Verfassung zu achten.

Das Zarenpaar

besucht Ende August mit den kaiserlichen Kindern Darmstadt und fährt dann im Oktober nach dem Belowsch-Urwald bei Bjalostok. Den Winter wird das Zarenpaar in Petersburg selbst verleben. Die Gesundheit der Kaiserin hat sich bedeutend gebessert, und man hofft, daß die hohe Frau bis zum Herbst vollständig wieder hergestellt sein werde.

Geständnis Ungern-Sternbergs.

Der unter dem Verdacht der Spionage verhaftete österreichische Journalist Baron Ungern-Sternberg hat jetzt ein volles Geständnis abgelegt, nachdem das vorgefundene Beweismaterial geradezu erdrückend geworden ist. So geht aus seinem Notizbuch hervor, daß er aus Oesterreich für das inzwischen eingegangene Abendblatt „Weisheit Solos“ monatlich tausend Rubel Unterstützung erhielt, ferner bekam er monatlich 150 Rubel für Nachrichten über Rekrutenkontingente usw. Ebenso wurde bei ihm ein Geheimbericht aus der Reichsbama vorgefunden, und Beweismaterial dafür, daß er mit Beamten der österreichischen Rundschreibbureau in Verbindung gestanden hat. Weitere Verhaftungen, darunter auch solche von Frauen, stehen bevor, dagegen ist die Meldung falsch, daß der österreichische Militärattaché kompromittiert sein soll und demzufolge Petersburg verläßt; derselbe weilt vielmehr seit Wochen in Wien und hat mit der Affäre nicht das geringste zu tun.

Das Moskaja Wremja veröffentlicht nach Angaben der Odrana eine Art von curriculum vitae des Barons, das ihn nach allen Seiten hin schwer kompromittiert. „Vor Jahren“, schreibt das Blatt, „diente Baron Sternberg in einem russischen Kavallerieregiment, unterschlug dort Gelder und mußte den Dienst verlassen. Nach kurzem Dienst in der Fremdenlegion in Südwestafrika als Gemeiner, desertierte Sternberg und ging nach Spanien, wo er als Journalist für englische Blätter tätig war, und gleichzeitig stand er als Spion in österreichischen Diensten. Dieser Tätigkeit kam die spanische Regierung auf die Spur. Sternberg wurde verhaftet und ausgewiesen. Er ging nach Stuttgart, wo er alsbald mit der deutschen Polizei in Konflikt geriet. Nach kurzem Aufenthalt in Algerien, wo er den „Daily Express“ während der Konferenz vertrat, reiste Sternberg nach Wien, wo er seine Dienste als Spion anbot.“ Nach diesen Daten muß man allerdings annehmen, daß das russische Kriegsministerium triftige Gründe zur Verhaftung des Journalisten, der nach jeder Richtung schwer kompromittiert erscheint, gehabt hat. Auf der gegen ihn erhobenen Anklage steht Verlust aller Rechte und Zwangsarbeit in Sibirien bis zu acht Jahren.

Die Pforte

erließ einen Reichsbefehl, den Boykott gegen Griechenland sofort zu beendigen mit der Begründung, daß bei einer Weiterführung des Boykotts der Handel der Türkei auf das schwerste getroffen werden würde.

Der Kampf im Hinterland von Casablanca.

Ueber den Kampf der Truppen des Generals Rouier im marokkanischen Tablagebiet werden folgende Einzelheiten mitgeteilt: Der Vormarsch des Generals erfolgte zum Schutze einiger Stämme des Schanagebietes, die sich von dem Agitator Ra-el-Minin bedroht glaubten.